

# Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	19
B. Die Verfahrensgrundsätze zur Feststellung der Tatsachen im Allgemeinen und insbesondere in Restrukturierungssachen	25
I. Der Begriff des Verfahrensgrundsatzes	27
1. Die Funktion der Verfahrensgrundsätze	28
2. Verfahrensgrundsätze als Auslegungshilfe	30
3. Der Wert der Verfahrensgrundsätze	32
II. Der Amtsermittlungsgrundsatz als primärer Verfahrensgrundsatz des StaRUG	33
1. Das Wesen des Amtsermittlungsgrundsatzes	34
2. Die Rolle des Gerichts bei geltendem Amtsermittlungsgrundsatz	35
3. Die Rolle der Verfahrensbeteiligten bei geltendem Amtsermittlungsgrundsatz	37
4. Der Wahrheitsbegriff des Amtsermittlungsgrundsatzes	40
III. Der Beibringungsgrundsatz als sekundärer Verfahrensgrundsatz des StaRUG	42
1. Das Wesen des Beibringungsgrundsatzes	42
2. Die Rolle des Gerichts bei geltendem Beibringungsgrundsatz	43
3. Die Rolle der Verfahrensbeteiligten bei geltendem Beibringungsgrundsatz	45
4. Der Wahrheitsbegriff des Beibringungsgrundsatzes	49
IV. Monistische und pluralistische Verfahrenssysteme	53
1. Insolvenzverfahren im Verfahrenssystem der InsO	55
2. Restrukturierungssachen im Verfahrenssystem des StaRUG	59
3. Spannungsverhältnisse in verfahrenspluralistischen Systemen	61
V. Ergebnis Kapitel B	66

C. Einschränkungen beziehungsweise Suspendierungen des Amtsermittlungsgrundsatzes im StaRUG – ein Konflikt verschiedener Verfahrensziele	67
I. Die gesetzgeberische Idee des Amtsermittlungsgrundsatzes im StaRUG – ein Instrument der Verfahrensbeschleunigung nach dem (zweifelhaften) Vorbild der InsO	67
II. Konfusion um die Auswirkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes im StaRUG – Einschränkungen beziehungsweise Suspendierungen zwecks Verfahrensbeschleunigung	71
1. Die gesetzgeberische Gestaltung des § 39 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	72
2. Beispiele für abweichende Bestimmungen im Sinne des § 39 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	74
III. Hintergrund der Bedürfnisse nach Verfahrensbeschleunigung – die Ausgangslage der Restrukturierungssache	77
1. Die drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 Abs. 2 InsO schafft Zeitdruck	77
2. Zeitdruck als Grund für das Bedürfnis nach zügiger Verfahrenserledigung	80
IV. Besondere Bedürfnisse nach Verfahrensbeschleunigung bei der gerichtlichen Planbestätigung	81
1. Überblick der Vorgaben zur Verfahrensbeschleunigung bei der gerichtlichen Planbestätigung innerhalb der Richtlinie (EU) 2019/1023	82
2. Verfahrensbeschleunigende Einschränkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes im Rahmen der gerichtlichen Planbestätigung nach §§ 60 ff. StaRUG	83
a) § 63 Abs. 1 Nr. 3 StaRUG	83
b) § 63 Abs. 3 StaRUG	84
c) Entspricht dies noch dem Charakter des Amtsermittlungsgrundsatzes?	86
V. Ergebnis Kapitel C	87

D. Der Verfahrensgrundsatz zur Feststellung der Tatsachen im Rechtsbehelfsverfahren des StaRUG am Beispiel des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	89
I. § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG – die gesetzgeberische Konzeption	90
1. Der Amtsermittlungsgrundsatz gemäß § 39 Abs. 1 Satz 1 StaRUG als gesetzgeberische Grundentscheidung für § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG?	91
2. Verfahrensgrundsätze des Rechtsbehelfsverfahrens nach der Restrukturierungsrichtlinie	92
3. Suspendierungen des Amtsermittlungsgrundsatzes – besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 64 Abs. 2 Satz 1 und insbesondere Satz 2 StaRUG	96
4. Das Bedürfnis nach Verfahrensbeschleunigung im Rechtsbehelfsverfahren des StaRUG – Überwindung strategischer Holdouts	99
a) Die Ziele des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	100
b) Gerichtliche Planbestätigung, Grundrechtseingriffe und deren Rechtfertigung im Spannungsverhältnis zum Bedürfnis nach Verfahrensbeschleunigung	103
aa) Das Schlechterstellungsverbot	104
bb) Der Marktkonformitätstest	108
cc) Der Zusammenhang zwischen dem Schlechterstellungsverbot und strategischen Holdout-Positionen	109
II. Beschränkung beziehungsweise Suspendierung des Amtsermittlungsgrundsatzes auf Ebene der Begründetheitsprüfung – Meinungsstreit betreffend den Prüfungsumfang des Restrukturierungsgerichts beziehungsweise geltenden Verfahrensgrundsatz zur Feststellung der Tatsachen	113
1. Amtsermittlungspflicht in der Begründetheit nur hinsichtlich der glaubhaft gemachten Tatsachen – der eingeschränkte Amtsermittlungsgrundsatz	115

2. Darüberhinausgehende Einschränkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes – Beschränkung der Beweisaufnahme in der Begründetheit auf präsente Beweismittel	117
3. Prüfung von Amts wegen auf Ebene der Begründetheit	118
4. Uneingeschränkte Amtsermittlungspflicht auf Ebene der Begründetheit	119
5. Der Beibringungsgrundsatz auf Ebene der Begründetheit	120
6. Auswirkungen in der Rechtspraxis: Fallbeispiel	121
a) Sachverhalt	121
b) Lösung über den eingeschränkten Amtsermittlungsgrundsatz	122
c) Lösung über den uneingeschränkten Amtsermittlungsgrundsatz	124
d) Lösung über den Beibringungsgrundsatz	127
7. Stellungnahme	129
a) Der eingeschränkte Amtsermittlungsgrundsatz	130
aa) Übersteigerte Wirkung einer Zulässigkeitsvoraussetzung	131
bb) Führt die anvisierte Zäsurwirkung des § 64 Abs. 2 Satz 2 StaRUG zu einem Bruch der bewährten Maximenstruktur?	132
cc) Der „kupierte“ Amtsermittlungsgrundsatz – Aufgabe der Ermittlung der materiellen Wahrheit	136
dd) Keine Amtsermittlungen trotz Ermittlungsanlass?	138
b) Der uneingeschränkte Amtsermittlungsgrundsatz	139
aa) Vom blinden Vorrang materieller Gerechtigkeit gegenüber zügiger Verfahrenserledigung	139
bb) Der uneingeschränkte Amtsermittlungsgrundsatz als Keimzelle strategischer Holdout-Positionen	140
c) Der Beibringungsgrundsatz	144
aa) Praktische Auswirkungen des Beibringungsgrundsatzes	144

bb) Der Beibringungsgrundsatz als verfahrensbeschleunigendes Instrument	146
cc) Der Beibringungsgrundsatz als verfahrensrechtliches Spiegelbild des zugrundeliegenden Antagonismus subjektiver Interessen	149
dd) Der neuralgische Rückschluss von der Zulässigkeit auf die Begründetheit	150
ee) Vom Postulat der verfahrensbeschleunigenden Wirkung des Beibringungsgrundsatzes	151
ff) Das Zusammenspiel des Beibringungsgrundsatzes und des optionalen Restrukturierungsbeauftragten	153
d) Resümee: Vorrang etablierter Maximenstrukturen?	154
III. Ergebnis Kapitel D	155
E. Zur Zulässigkeit von Einschränkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes oder dessen vollständiger Suspendierung im Kontext des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	157
I. Sind Einschränkungen beziehungsweise Suspendierungen des Amtsermittlungsgrundsatzes mit der Verfahrenssituation der § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG kompatibel?	162
II. Die <i>erga-omnes</i> -Wirkung der Entscheidung über den Rechtsbehelf gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	164
1. Besonderes Schutzbedürfnis bei bestehender Repräsentation in der Verfahrenssituation des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG?	166
2. Die Verfahrensinteressen der Verfahrensbeteiligten im Rahmen des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	167
3. Eine vergleichende Betrachtung – Schutzbedürftigkeit, <i>erga-omnes</i> -Wirkung und Amtsermittlungsgrundsatz in anderen Verfahrenssystemen	168

III. Besondere strukturelle Unterlegenheit in der Form einer bestehenden Informationsasymmetrie	172
1. Die sekundäre Darlegungslast als Korrektiv der bestehenden Informationsasymmetrie	174
a) Fallbeispiel zur sekundären Darlegungslast im Rahmen des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	180
b) Folgeproblem: Korrektur der Beweisnot des Antragstellers?	182
2. Beweiserhebung von Amts wegen als weiteres Korrektiv der bestehenden Informationsasymmetrie	183
IV. Ergebnis Kapitel E	186
F. Der Prüfungsablauf des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	187
I. Friktionen im Prüfungsablauf des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	189
1. Das insolvenzrechtliche Verständnis: Die Glaubhaftmachung in der InsO	191
a) Die zweistufige Prüfung in der InsO	191
aa) Das Eröffnungsverfahren in der Situation des § 14 Abs. 1 Satz 1 InsO	191
(1) Fluktuierende Verfahrensfärbung des Eröffnungsverfahrens	194
(2) Mangelnde Vergleichbarkeit mit § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	195
bb) Der Minderheitenschutzantrag, § 251 Abs. 1 InsO	196
cc) Die Versagung der Restschuldbefreiung, § 290 Abs. 1 InsO	197
b) Rückschlüsse für § 64 Abs. 2 Satz 2 StaRUG	200
2. Das zivilprozessuale Verständnis: die Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen	201
a) Hintergrund sowie Sinn und Zweck der Lehre der doppelrelevanten Tatsachen	202
b) Bewandtnis der Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen für die Prüfung des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	205
3. Zwischenfazit: § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG ist ein Rechtsbehelf mit zivilprozessualer Färbung	207

4. Zum Verhältnis der Zulässigkeits- zur Begründetheitsprüfung im Rahmen des § 64 StaRUG	208
a) Zum Wesen der Glaubhaftmachung innerhalb des § 64 Abs. 2 Satz 2 StaRUG	208
b) Die Auswirkung des bestandenen Marktkonformitätstests	209
c) Das Recht zur „Gegenglaubhaftmachung“ im Rahmen des § 64 Abs. 2 Satz 2 StaRUG	212
d) Die Gratwanderung zwischen dem Bedürfnis nach zügiger Verfahrenserledigung und materieller Gerechtigkeit in der Zulässigkeitsprüfung des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	215
II. Ergebnis Kapitel F	219
G. Paradigmen des Rechtsbehelfsverfahrens gemäß § 66 Abs. 1 StaRUG	221
I. Die Verfahrenssituation des § 66 Abs. 1 StaRUG – Ein Überblick	221
II. Zum Prüfungsumfang und dem Zusammenspiel von Amtsermittlungs- und Beibringungsgrundsatz im Rechtsbehelfsverfahren des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	223
1. Der Prüfungsablauf der sofortigen Beschwerde gemäß § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG – die (bekannte) Besonderheit der Glaubhaftmachung der wesentlichen Schlechterstellung auf Zulässigkeitsebene	223
a) Hintergrund des Erfordernisses der Glaubhaftmachung in § 66 Abs. 2 Nr. 3 StaRUG	224
b) Zum Mehrwert der erforderlichen Glaubhaftmachung in § 66 Abs. 2 Nr. 3 StaRUG	226
c) Störpotential im Rahmen des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	228
d) Die Tragweite des § 66 Abs. 2 Nr. 3 StaRUG	230
aa) § 66 Abs. 2 Nr. 3 StaRUG als bloße Zulässigkeitsvoraussetzung	231
bb) § 66 Abs. 2 Nr. 3 StaRUG als Zulässigkeitsvoraussetzung, deren tatsächlicher Eintritt Gegenstand der Begründetheitsprüfung ist	232

cc) Stellungnahme und zugleich ein Rekurs auf prozessuale Grundsätze	233
(1) Systembruch 1: Die „verkürzte“ materielle Beschwer	234
(2) Systembruch 2: Die „final abgeschlossene“ Zulässigkeitsprüfung	242
e) Ergebnis	245
2. Die Verfahrensgrundsätze zur Feststellung der Tatsachen im Rahmen des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	245
a) Zum kontradiktorischen Charakter des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	246
b) Balanceakt zwischen zügiger Verfahrenserledigung und materieller Gerechtigkeit	249
aa) Uneingeschränkter Amtsermittlungsgrundsatz	250
bb) Eingeschränkter Amtsermittlungsgrundsatz	250
cc) Beibringungsgrundsatz	251
dd) Stellungnahme: Vom Vorrang materieller Gerechtigkeit im Rahmen des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	252
(1) Kontradiktorische Verfahrensfärbung und kohärenter Prüfungsablauf	252
(2) Der Einfluss des § 64 Abs. 1 Satz 1 StaRUG auf das Verständnis des § 66 Abs. 1 Satz 1 StaRUG	253
(3) Einschränkungen des Amtsermittlungsgrundsatzes als Konsequenz richtlinienkonformer Auslegung	255
c) Ergebnis	256
III. Ergebnis Kapitel G	256
H. Die Verantwortung für die Schaffung der Tatsachengrundlage im StaRUG – ein Versuch der dogmatischen Einordnung der Restrukturierungssache	257
I. Eine dogmatische Einordnung des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	259
1. Ausgangslage – die gerichtliche Planbestätigung als ordnungspolitischer Eingriff	261



2. Die Rechtsnatur des Restrukturierungsplans – ein rechtsgeschäftliches oder verfahrensrechtliches Konstrukt?	264
a) Der Restrukturierungsplan ohne gerichtliche Bestätigung (konsensualer Restrukturierungsplan)	266
b) Der gerichtlich bestätigte Restrukturierungsplan	269
aa) Rein vertragliche Natur des Restrukturierungsplans	270
bb) Hybride Natur des Restrukturierungsplans	272
cc) Stellungnahme	273
(1) Die Grenzen eines rechtsgeschäftlichen Verständnisses – mangelnde Vergleichbarkeit des § 894 ZPO	274
(2) Die gerichtliche Planbestätigungsentscheidung als conditio sine qua non für die umfassende Bindungswirkung – zur Differenzierung zwischen dem „Zustandekommen“ und der „Wirksamkeit“ des Restrukturierungsplans	278
(3) Exkurs: Steht überhaupt ein „Vertrag“ in Rede?	280
dd) Abschließende Einordnung	282
c) Ergebnis zur Rechtsnatur des Restrukturierungsplans	283
II. (Vermeintlich) mit der Restrukturierungssache verwandte Verfahren und die dortige Verteilung der Verantwortung für die Schaffung der Tatsachengrundlage	285
1. Charakterisierung der Restrukturierungssache im Allgemeinen	287
2. Die Restrukturierungssache im strukturellen Vergleich zu anderen Verfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit	291
a) Das Insolvenzverfahren – „Schwesterverfahren“ der Restrukturierungssache?	291
aa) Das Insolvenzverfahrens als Zwangsvollstreckungsverfahren der streitigen Gerichtsbarkeit	292
bb) Das Insolvenzverfahren als Element der freiwilligen Gerichtsbarkeit	295

cc) Das Insolvenzverfahren als Verfahrensart <i>sui generis</i>	297
dd) Die Restrukturierungssache im Vergleich	298
b) Die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit – Artverwandtschaft mit der Restrukturierungssache?	300
aa) Die Angelegenheiten der Rechtsfürsorge	302
(1) Die Eigenschaften der Angelegenheiten der Rechtsfürsorge	303
(2) Die Restrukturierungssache ist keine rechtsfürsorgende Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit	304
bb) Die gerichtliche Planbestätigung als rechtsgestaltende richterliche Tätigkeit der freiwilligen Gerichtsbarkeit	305
(1) Ausgangspunkt der Betrachtung – Merkmale rechtsgestaltender Tätigkeit	306
(2) Unklare Gemengelage bei der gerichtlichen Planbestätigung gemäß §§ 60 ff. StaRUG	309
(3) Sind rechtsgestaltende Tätigkeiten zwingend solche der freiwilligen Gerichtsbarkeit?	311
(4) Ist die gerichtliche Planbestätigung eine echte oder unechte Gestaltungsentscheidung?	313
(5) Die Zuordnung dogmatischer Grenzfälle der Kategorien „echter“ und „unechter“ Gestaltungsentscheidungen	315
cc) Die echten Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	319
(1) Der Amtsermittlungsgrundsatz in den echten Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	321
(2) Die echten Streitsachen als verfahrenspluralistische Systeme – das Spruchverfahren nach dem SpruchG	324
(3) Die Restrukturierungssache ist trotz einiger Parallelen keine echte Streitsache der freiwilligen Gerichtsbarkeit	328

dd) Ergebnis: Die Restrukturierungssache ist keine Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit	331
(1) Die historische Idee der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und deren Inkompatibilität mit dem StaRUG	332
(2) Das Zünglein an der Waage – Die fehlende formelle Zuweisung zu den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	333
c) Der Zivilprozess – ist die Restrukturierungssache insgesamt kontradiktorisch?	334
(1) Der kontradiktorische und privatautonome Nukleus des Zivilprozesses – Gemeinsamkeiten mit der Restrukturierungssache?	335
(2) Die funktionale Mannigfaltigkeit der Restrukturierungssache als Abkehr vom Zivilprozess	337
d) Ist die Restrukturierungssache ein Verfahrenssystem <i>sui generis</i> ?	338
aa) Der Mehrwert eines Verfahrenssystems <i>sui generis</i>	339
bb) Die Verfahrenssituation der gerichtlichen Planbestätigung, §§ 60 ff. StaRUG	341
III. Ergebnis Kapitel H	343
I. Thesen	345
Literaturverzeichnis	351